

« Lappi tue d'Augen uf »*

ANZEIGE

Eine Entgegnung von Christoph Blocher, Herliberg

Die NZZ hat in den vergangenen Wochen heftige Attacken gegen die SVP geritten, weil sie die SVP als starke bürgerliche Kraft unglaubwürdig machen will. So bestreitet die NZZ die von der SVP aufgedeckten Missstände in der Ausländerpolitik, beim Asylmissbrauch und beim Kriminaltourismus als falsch. Auch beim Flugverkehr will man der Realität nicht ins Auge blicken: Die SVP belegte die gefährlichen finanziellen Risiken für den Kanton Zürich, die ihm durch seine Beteiligungen an der damaligen Swissair, an der neuen Swiss und am Unique Airport erwachsen, mit Zahlen, welche die NZZ unverzüglich als "schiefe Zahlen" abzutun versuchte. Richtigstellungen und Entgegnungen von der SVP werden von der NZZ leider nicht oder nur verhöhrend aufgenommen. So sehe ich mich gezwungen, auf dem Inserateweg zu reagieren.

In der NZZ vom 22./23. Februar 2003 beklagt sich (Sigi Schär) unter dem Titel "Bürgerliches Trauerspiel statt Bürgerblock" die fehlende Zusammenarbeit zwischen SVP und FDP. Beides seien doch bürgerliche Parteien. Schuld daran sei die SVP, welche sich "als einzige bürgerliche Partei" darstelle und erst noch für eine liberale Politik eintrete, was die FDP in Schwierigkeiten bringe.

Die SVP versteht und verstand unter bürgerlicher Politik stets eine antisozialistische, freiheitliche, also eine liberale Politik. Die SVP stellt also den einzelnen Bürger und nicht das Kollektiv in den Vordergrund. Nur so ist ein Höchstmass an Freiheit und Wohlfahrt zu erreichen. Deshalb darf der Staat nicht dauernd und überall regulieren. Bürgerinnen und Bürgern sollen nicht mit ständig höheren Zwangsabgaben (Steuern und Gebühren) in ihrer Leistungsfähigkeit geschwächt werden. Nur eine solche Politik garantiert das Wohlergehen aller Bürger.

Nein zu mehr Staat und weniger Freiheit

Leider ist die Schweizer Politik in den letzten 15 Jahren immer mehr nach links gerutscht. Mehr Staat und weniger Freiheit sind die Folgen. Es sind nicht nur die Linken, sondern auch grosse Teile der sogenannten Bürgerlichen, die diesem verhängnisvollen Trend folgen und sich dann erst noch des Konsenses rühmen. Bedauerlicherweise macht vor allem die FDP diese Entwicklung nicht nur mit, sondern sie führt sie sehr oft sogar an. Wenn Sigi Schär nun feststellt, die FDP politisiere "nicht grundsätzlich anders als in vergangenen Jahren", so ist das leider Wunschdenken. Ein Vergleich der heutigen FDP mit derjenigen vor 20 Jahren ist deprimierend: Damals fand ich meine besten politischen Mitstreiter bei den Freisinnigen. Ich denke hier an markante Persönlichkeiten wie Hans Letsch, Otto Fischer, Hans Rüegg, Heinz Allenspach, Fritz Honegger. In den letzten Jahren hat die FDP nicht nur ihre liberalen Positionen in Sachfragen verlassen, sie hat auch keine liberalen Köpfe mehr, welche die Kraft zur Durchsetzung aufbringen würden. Darum hat sich ein Zerwürfnis zwischen FDP und SVP aufgetan.

Wo war die FDP, als ...?

Gegen den erbitterten Widerstand der SVP erhöhte sich in den letzten 10 Jahren in der Schweiz die Staats- und Fiskalquote wie in keinem anderen Industriestaat der Welt – und dies mit tatkräftiger Unterstützung und zum Teil unter Anführerschaft der FDP.

Stetige Zunahme der Zwangsabgaben für die Bürgerinnen und Bürger, 220 Milliarden Staatsschulden (so hoch wie noch nie in der Geschichte der Eidgenossenschaft), stagnierendes Wirtschaftswachstum, zunehmende Arbeitslosigkeit und Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte sind die verhängnisvollen Folgen.

Die FDP stand zuvorderst bei schwerwiegenden ordnungspolitischen Eingriffen: Sie bekämpfte die Hauseigentümerinitiative, die niedrigere Eigenmietwerte gebracht hätte. Die FDP sorgte für höhere Steuern: Sie war für die Schwerverkehrsab-

gabe, für die Mehrwertsteuererhöhung, für die obligatorische Krankenversicherung mit ihren massiven Prämiensteigerungen, für die Staatsbeteiligung an der Swiss, für das Milliardenabenteuer der Expo.02, stets gegen den heftigen Widerstand der SVP, aber dafür im trauten Verein mit der SP. Zur Zeit steht die FDP an der Spitze bei der Einführung einer neuen Mutterschaftsversicherung und nimmt damit die Schwächung der Wirtschaft erneut in Kauf; sie stimmte in Bern zusammen mit der SP für die Anstossfinanzierung von Kinderkrippen. Die FDP trat ein für eine erpresste Solidaritätsstiftung, in die man 7 Milliarden Volksvermögen einbezahlt hätte.

Die FDP ist politisch handlungsunfähig, weil sie durch ihren politisch-wirtschaftlichen Filz heillos in immer neue Wirtschaftsmisereen verstrickt wird. Sie war massgeblich am Swissairdebakel beteiligt, das dem Staat und den Bürgern Milliarden von Verlusten gebracht hat. Genauso wie damals beschönigt die FDP des Kantons Zürich heute, zusammen mit der NZZ, die finanziell katastrophale Situation des Unique Airport. Statt zu handeln, wird schöngeredet, bis es zu spät ist. Eine solche Politik wäre vor 15 Jahren bei der FDP nicht möglich gewesen. Das sind die Gründe, warum die FDP und die SVP auseinander gekommen sind. Die FDP ist nach links gerutscht und vertritt in den politischen Hauptfragen keine liberalen, freiheitlichen, antisozialistischen Positionen mehr.

Steuersenkungen im Kanton Zürich

Sigi Schär glaubt, dass die von der SVP seit 1999 geforderten Steuersenkungen unrealistisch seien: 17% Steuersenkungen könnten nicht vorgenommen werden. Warum nicht? 17% weniger Steuern bedeuten für den Kanton Zürich einen Steuerausfall von ca. 650 Millionen Franken – Geld, das bei den Bürgern bleibt und von diesen ohne Umweg über den Staat ausgegeben werden könnte. Dem gegenüber hat der Zürcher Kantonsrat allein für das Jahr 2002 800 Millionen Franken Mehrausgaben gegenüber 2001 bewilligt. Dies war offenbar nicht "unrealistisch", obwohl diese Ausgaben in den kommenden Jahren jedes Jahr wiederkehren werden. Dies sind **Ausgabenerhöhungen** von 21 Steuerprozenten! Für das Jahr 2003 will die FDP erneut zusätzlich 600 Millionen Franken (d.h. 16 Steuerprozent) an Mehrausgaben bewilligen. **Deshalb sagte die SVP Nein zu den Budgets von 2002 und 2003!** Leider ohne die FDP, die zwar in der Theorie für weniger Staatsausgaben plädiert, in der Praxis jedoch genau das Gegenteil tut. Dank der Ablehnung des Budgets 2003 im Kantonsrat hat die SVP nun wenigstens erreicht, dass die Regierung gemäss Haushaltsgesetz nur die "nötigsten" Ausgaben tätigen darf und keine neuen Ausgaben bewilligen kann. Schade, dass dieser Kampf für einen gesunden Staatshaushalt allein durch die SVP geführt werden muss.

Wer steht noch zur Schweiz?

Bis Mitte der Achzigerjahre war für die bürgerlichen Parteien selbstverständlich: Die Schweiz darf nicht fremdbestimmt werden. Sie soll souverän, neutral und direktdemokratisch bleiben. Nur so hat die Schweiz politisch, wirtschaftlich und kulturell als Kleinstaat eine Chance. Die SP war demgegenüber stets internationalistisch, der EU-

Beitritt ist für sie deshalb ein sehnsüchtig verfolgtes Ziel. Aktivismus in der Aussenpolitik ist für die SP Bestandteil ihrer Politik, auch wenn dies dem Lande schadet.

Und die heutige FDP? Sie hat 1995 an ihrem Parteitag in Interlaken beschlossen, die Schweiz solle der EU beitreten. Sie hat sich damit der sozialdemokratischen Aussenpolitik angeschlossen. In ihrem Strategiepapier "Visionen 2007" verkündet die FDP, dass die Schweiz 2007 Mitglied der NATO sein solle. Dagegen setzt sich die SVP als einzige bürgerliche Partei für die schweizerische Souveränität und Neutralität ein.

Wie steht die FDP zur illegalen Einwanderung?

Für die bürgerlichen Parteien war es früher selbstverständlich, die illegale Einwanderung – d.h. den Asylmissbrauch – und den rasant zunehmenden Kriminaltourismus strikte zu unterbinden. Anders die SP: Sie ist für offene Grenzen und verherrlicht die illegale Einwanderung geradezu. Und die FDP? Sie tut wie die CVP nichts gegen die large Asylpolitik und hat zusammen mit der SP und der CVP alle Asylinitiativen der SVP bekämpft. Auch hier präsentiert die FDP keine Lösungen, sondern leere Versprechen.

Die Abkehr von der bürgerlichen Politik hat verheerende Folgen

Die Abkehr von der bürgerlichen Politik hat für unser Land verheerende Folgen: Den Bürgerinnen und Bürgern sowie der schweizerischen Wirtschaft geht es schlechter. **Eine mittelständische Familie arbeitet bereits heute 6 Monate pro Jahr allein für den Staat.** Soll denn gegen diese Entwicklung nicht Sturm gelaufen werden? Muss es denn bei uns soweit kommen wie in Deutschland? Soll die SVP tatenlos zusehen, wie Bürgerinnen und Bürger weniger Freiheit und immer weniger Geld für eigene Zwecke zur Verfügung haben? Wie kommt denn angesichts dieser verheerenden Folgen die NZZ dazu, dauernd darüber zu klagen, dass die SVP nicht im Konsens mit den übrigen Parteien bei all diesen Missständen mit dem Kopf nickt? Dieser Konsens geht zulasten der Bürgerinnen und Bürger. Das Wohlergehen dieses Landes braucht nicht theoretische liberale Lippenbekennnisse.

Gefragt sind Politiker, die dieser verhängnisvollen Entwicklung mit Taten Einhalt gebieten. Gefragt sind Politiker, die Nein sagen zu mehr Staat, Nein zu mehr Abgaben, Gebühren, Steuern, Nein zum Abbau der Selbstbestimmung, Nein zum Asylmissbrauch, Nein zur zunehmenden Freiheitsbeschränkung. Die SVP nimmt diese Aufgabe wahr. Sie muss es heute allein tun, weil die FDP in den konkreten Fragen einen anderen Weg wählt, nämlich den des geringsten Widerstandes.

Die Schweiz hätte ausserordentliche wirtschaftliche, politische und kulturelle Möglichkeiten, wenn in der Politik wieder Freiheit und Selbstverantwortung im Mittelpunkt stehen würden. Dies könnte einen konstruktiven, vorbildhaften Akzent gegenüber der zentralistischen grosseuropäischen Entwicklung setzen.

Christoph Blocher, Herliberg

* Inschrift über dem Schwabentor in Schaffhausen mit dem Aufruf an die Bevölkerung, die Welt kritisch zu betrachten.